



Inhalt:

- **Vorbehalte gegen "Swiss Marina"**
- **Euregio-Tageskarte an der Offa St. Gallen**
- **Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt konstituiert**

Stichwort: Ständiger Ausschuss der IBK

Titel: "Swiss Marina" gab zu reden

Untertitel: Konkrete Entscheidungsgrundlagen fehlen noch

Lead: Der erweiterte Ständige Ausschuss der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) liess sich an einer Sitzung im ausserrhodischen Urnäsch über das Grossprojekt "Swiss Marina" in Rorschach orientieren. Vor allem von deutscher Seite wurde bezweifelt, dass sich das Vorhaben mit dem Bodensee-Leitbild vereinbaren lasse.

Text: BI. Gleich zu Beginn seiner Orientierung betonte der st. gallische Staatssekretär Martin Gehrer, dass "Swiss Marina" vorerst nur als Projektstudie vorliege; weder sei eine Baueingabe gemacht worden noch liege irgendeine Bewilligung vor.

Entscheidungsgrundlagen fehlen

In der zur Prüfung des Projekts eingesetzten "Task Force" aus Vertretern des Kantons St. Gallen, der Gemeinden Rorschach und Rorschacherberg, der Schweizerischen Bundesbahnen und des Investors sind nach Gehrer vorerst die vordringlichen Handlungsfelder abgesteckt worden: die Vereinbarkeit des Projekts mit dem Bodensee-Leitbild, die Versorgung mit Wasser und Energie, die für den Investor unabdingbare, vom schweizerischen Bundesrat allerdings kaum zu erlangende A-Lizenz für die Betreibung eines Casinos. Ohne Casino werde nicht gebaut, und auch eine reduzierte Anlage komme für den Investor nicht in Frage. "C'est à prendre ou à laisser", umschrieb Gehrer dessen Haltung.

Für den Kanton St. Gallen stehe eine umfassende gesamtwirtschaftliche Kosten- und Nutzenabwägung im Vordergrund; Unterlagen dafür aber habe die Investorengruppe noch keine geliefert. Selbstverständlich sei auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung; zudem setze die Realisierung des Vorhabens eine Änderung des Zonenplans voraus, die aller Voraussicht nach dem Volk unterbreitet werden müsste. Derzeit liege der Ball bei den Investoren, während für die St. Galler Regierung kein Handlungsbedarf bestehe. Diese werde jedoch die Regierungschefs der IBK im Rahmen der Strategieggespräche vom 1. Juli detailliert über den ganzen Fragenkomplex orientieren. Zudem soll das Vorhaben Dauertraktandum des Ständigen Ausschusses sein.

"Was wäre dann noch zu verhindern ?"

"Wenn 'Swiss Marina' kommt - was wäre dann überhaupt noch mit Gründen der Ökologie, der Raumplanung, der Umweltverträglichkeit oder des Landschaftsschutzes zu verhindern ?", fragte in der Diskussion Minister Ulrich Müller vom baden-württembergischen Ministerium für Umwelt und Verkehr. Von einem Projekt dieser Grössenordnung seien neben dem Land, in dem es realisiert werden soll, auch die Nachbarstaaten betroffen. Allein der zu erwartende Verkehr werde sich auf sämtliche Verkehrsverbindungen rund um den See und darüber hinaus auswirken, zumal die Prognose der

Investoren, wonach 80 Prozent der Besucher mit einem öffentlichen Verkehrsmittel anreisen, höchst unwahrscheinlich sei. Auch die ökologischen Auswirkungen wären von der ganzen Bodenseeregion zu tragen.

Müller erinnerte auch an Gerichtsurteile der letzten Zeit, die mit Berufung auf das Bodensee-Leitbild etwa die Schaffung neuer Bootslegeplätze untersagt hätten. Das Leitbild sei rechtlich zwar nicht verbindlich, aber eine der wesentlichen Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit in der Region.

Unterstützung fand Müller bei andern Vertretern der beiden deutschen IBK-Mitglieder Baden-Württemberg und Bayern. Staatssekretär Gehrler dagegen unterstrich, der Kanton St. Gallen und die von ihm eingesetzte "Task Force" seien sich bewusst, dass das Bodensee-Leitbild Priorität habe, sachlich wie rechtlich. "St. Gallen ist stets ein verlässlicher Partner der IBK gewesen, und er will dies auch bleiben." Gehrler versprach auch, die St. Galler Regierung umgehend über die im Ständigen Ausschuss geäußerten Bedenken zu orientieren.

Im Ausschuss wird "Swiss Marina" Dauerthema bleiben. Möglich ist auch die Einsetzung einer Spezialkommission der IBK zur Prüfung des ganzen Vorhaben, doch soll darüber erst nach der Orientierung der Regierungschefs befunden werden.

Kasten

"Swiss Marina"

Das Vorhaben einer englischen Investorengruppe umfasst ein Investitionsvolumen von rund 1,8 Mia. Franken. Vorgesehen sind namentlich mehrere Vier- und Fünfsterne-Hotels mit zusammen 4500 Zimmern, ein Casino mit A-Konzession, Bars, Restaurants und ein Nachtclub, eine Arena mit rund 10 800 Sitzplätzen, ein Einkaufs- und ein Kongresszentrum, 70 000 m² Bürofläche, ein Strandbad und Bootslegeplätze, ein Wellness-Center und Wohnraum für rund 1000 Menschen. Insgesamt sollen 13 000 Arbeitsplätze entstehen; pro Jahr wird mit 7-8 Mio Besuchern oder etwa 20 000 pro Tag gerechnet.

Stichwort: Tageskarte Euregio Bodensee

Titel: Offa-Präsenz mit Tageskarte Euregio Bodensee

Untertitel: IBK-Geschäftsstelle in Konstanz wird ausgebaut

Lead: An der Offa St. Gallen wird die IBK für die Tageskarte Euregio Bodensee werben und zugleich sich selbst vorstellen. Vorangetrieben wird der Ausbau der IBK-Geschäftsstelle in Konstanz.

Text: BI. Einen ersten Schritt zu einer regelmässigen Beteiligung der Internationalen Bodenseekonferenz an den wichtigen Messen im Bodenseeraum hat der erweiterte Ständige Ausschuss der IBK an seiner letzten Sitzung in Urnäsch beschlossen. Die IBK wird an der kommenden Ostschweizer Frühlings- und Freizeit-Ausstellung OFFA (2-7. April) in St. Gallen einen Werbestand für die von ihr initiierte Tageskarte Euregio Bodensee (TKEB) betreuen, an der rund 70 Verkehrsunternehmen der gesamten Region beteiligt sind. Der Stand wird zusammen mit der Geschäftsstelle TKEB betrieben. Die Aktivitäten zugunsten der Tageskarte werden durch Informationstafeln über die IBK, ihre Zielsetzungen und ihre Aufgaben ergänzt. Noch offen ist, ob bereits in diesem Jahr weitere Messeauftritte realisiert werden können.

Ausbau der IBK-Geschäftsstelle

Der Ständige Ausschuss nahm unter dem Vorsitz des appenzell-ausserrhodischen Ratsschreibers Dr. Erich Niederer auch Kenntnis vom Bericht einer "tripartiten" Kommission zum Ausbau der IBK-Geschäftsstelle mitsamt Pflichtenheft und provisorischen Stellenbeschrieben. Die Geschäftsstelle wird gemäss Beschluss der Konferenz der Regierungschefs auf drei Vollstellen erweitert; ihr Sitz bleibt in Konstanz, und auch der Name Regio-Büro Bodensee soll beibehalten werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle werden nach deutschem Recht angestellt und dem Regierungspräsidium Freiburg zugewiesen. Die drei Stellen werden demnächst in den Ländern und Kantonen der IBK ausgeschrieben; der Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin soll bereits an der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses am 6. Juni gewählt werden.

Schwefelfreie Kraftstoffe für Schiffsmotoren

Ebenfalls zur Kenntnis genommen wurden die Berichte der sieben IBK-Sachkommissionen und der Projektgruppe Agenda 21. Auf Antrag der Kommissionen Umwelt und Verkehr wird den Mitgliedländern und -kantonen empfohlen, für den freiwilligen Einsatz von schwefelfreiem Dieselkraftstoff in der gewerblichen Schifffahrt zu werben. Ausserdem sollen Behörden, Gemeinden, die Wirtschaft und die Unternehmen des Öffentlichen Verkehrs bewogen werden, für die eigenen Tanklager schwefelfreien Kraftstoff zu beschaffen und öffentliche Tankstellen mit entsprechendem Angebot zu nutzen. Angeregt wird schliesslich eine "Steuerspreizung" zwischen konventionellen und schwefelfreien Kraftstoffen in jenen Regionen, die noch keine solchen Anreize kennen. Von der EU-Kommission wird ein flächendeckendes Angebot an schwefelfreiem Kraftstoff ab 2005, ein Verbot von schwefelhaltigem Kraft ab 2011 vorgesehen.

Interreg III-Projekte der IBK

Nach der Genehmigung des Interreg III A-Programms "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein" durch die EU-Kommission hat der Lenkungsausschuss in einer ersten Runde zwölf Projekte ausgewählt. Vier davon stammen von der IBK: die statistische Auswertung der strukturellen Belastungen der Ufer- und Flachwasserzonen des Bodensees; die Einsetzung eines Kooperationsrates für die Internationale Bodenseehochschule (IBH), in der 18 Universitäten und Fachhochschulen der Bodenseeregion zusammenwirken; die Umsetzung des Programms zur Förderung der Nachhaltigkeit im Rahmen der Agenda 21; die Vernetzung der 13 regionalen Anlaufstellen der Agenda 21 mit dem Ziel, Synergien zu nutzen und die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg weiter zu intensivieren.

Stichwort: Bodensee-Arbeitsmarkt

Titel: "Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt" konstituiert

Untertitel: Der Vorarlberger Dr. Werner Schelling zum Vorsitzenden gewählt

Lead: An ihrer ersten Sitzung in Lindau wählte die "Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt" der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) den Landesgeschäftsführer des Arbeitsmarktservice Vorarlberg, Dr. Werner Schelling, zu ihrem ersten Vorsitzenden für die nächsten zwei Jahre.

Text: BI. In ihrer konstituierenden Sitzung befasste sich die Arbeitsgruppe mit dem elektronischen Austausch von Ausbildungs- und Arbeitsstellen im Bodenseeraum, mit dem Aufbau des bei der EU beantragten Projektes "EURES Bodensee" und mit dem Projekt "Lernende Region Bodensee". Für eine nächste Sitzung plant Schelling, die Auswirkungen des Grossprojekts "Swiss Marina" auf die Arbeitsmärkte rund um den Bodensee zu diskutieren. Ebenfalls traktandiert wird die Schaffung einer Intranet-Lösung zur Vernetzung der Arbeitsverwaltungen.

Zusammenarbeit institutionalisieren

Die "Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt" wurde gegründet, um die bisher eher lose Zusammenarbeit der Arbeitsmarktverwaltungen rund um den Bodensee in einen institutionellen Rahmen einzubinden und zu festigen. Nach dem Beitritt Österreichs zur EU und des Fürstentums Liechtenstein zum EWR sind nun mit dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU die Voraussetzungen für eine stärkere Integration der Arbeitsmärkte in der Bodenseeregion gegeben.

Von der Kommission Wirtschaft der IBK wurde die Arbeitsgruppe namentlich beauftragt, den Informationsaustausch über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente zu verstärken. Zudem soll sie Informationen für mobilitätswillige Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erarbeiten und an Informationsnetzwerken zur beruflichen Aus- und Weiterbildung mitwirken.

In der "Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt", die sich teilweise über den Bereich der IBK hinaus erstreckt, sind die Arbeitsverwaltungen des Fürstentums Liechtenstein, der Kantone Appenzell Ausser- und Innerrhoden, Graubünden, St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau und Zürich, die Arbeitsämter Konstanz, Ravensburg und Kempten sowie der Arbeitsmarktservice Vorarlberg zusammengeschlossen.

Impressum:

Der Bodensee-Informationsdienst ist ein Mediendienst der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) - Kommission Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.)

Koordination:

Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
Hildegard Jutz / Leiterin Kommunikation
Regierungsgebäude / CH-9001 St. Gallen
Email: hildegard.jutz@sk.sg.ch

Verantwortlicher Redakteur:

Peter E. Schaufelberger / Buchstr. 35 / CH-9000 St.Gallen
Fon: 0041-71-222-2601 / Fax: 0041-71-222-3510
Email: ibk-nachrichten@regio-bodensee.net

Vertrieb:

REGIO-Büro-BODENSEE
Benediktinerplatz 1 / D-78467 Konstanz oder Postfach 1914 / CH-8280 Kreuzlingen
Email: info@regio-bodensee.net / Internet: www.regio-bodensee.net